

Antrag D3: Für eine humanitäre Asylpolitik

Antragsteller*in:	LAG Migration	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Dringlichkeitsanträge	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

Über 100 Millionen Menschen sind weltweit dazu gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Flucht- und Migrationsbewegungen spüren wir auch in Thüringen. Politische Verfolgung, militärische Gewalt, Umweltkatastrophen, Klimawandelfolgen und ökonomische Not veranlassen eine stetig wachsende Zahl von Menschen unter oft lebensgefährlichen Umständen Sicherheit und bessere Lebensbedingungen zu suchen.

Entgegen der oft von rechts verbreiteten Behauptung, dass alle Menschen nach Deutschland fliehen würden, tragen die Hauptlast für die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die vor Gewalt oder Armut die Flucht ergreifen, zumeist die Staaten, die unmittelbar an die Krisengebiete angrenzen. Jedoch bleibt festzustellen, dass auch in Deutschland, bedingt durch Kriege und Krisen, vermehrt Menschen aus anderen Ländern Asyl beantragen. Dies wurde u.a. ab September 2015 und zuletzt seit dem 24. Februar 2022 spürbar, als jeweils binnen kurzer Zeit eine große Zahl von Menschen auf der Flucht – damals insbesondere aus dem syrischen Bürgerkriegsgebiet und gegenwärtig aus der Ukraine – hier ankamen und weiterhin ankommen.

Als LINKE sehen wir uns einer humanitären und menschenwürdigen Asyl- und Migrationspolitik verpflichtet. Allerdings müssen wir auch heute feststellen: Die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in den Thüringer Kommunen ist nach wie vor mit erheblichen Problemen behaftet. Insbesondere die langen Wartezeiten, uneinheitliche aufenthaltsrechtliche Entscheidungspraxen sowie die unzureichende Bearbeitungsdauer in den Ausländer*innenbehörden führen zu unzumutbaren Belastungen für die betroffenen Menschen. Unter dem Slogan „Wir sind Menschen, keine Akten“ haben nicht nur Bürger*innen, sondern auch jene die es schon sein könnten sowie weitere Bewohner*innen unseres Freistaats vor der Erfurter Ausländer*innenbehörde zu Recht auf diese Missstände aufmerksam gemacht. Auch aktuell findet wieder Protest in Form einer Mahnwache vor der Erfurter Ausländer*innenbehörde statt. Wir solidarisieren uns hiermit mit den Protestierenden.

Das uneinheitliche Agieren der Ausländer*innenbehörden und fehlendes Personal in den Ämtern führen zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen. Das betrifft zum Beispiel die Möglichkeit auf einen Chancenaufenthalt, Familiennachzug, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und auf Aufenthalt, der im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen gewährt wird- Das wollen wir nicht hinnehmen und fordern deshalb die Umsetzung der Maßnahmen aus der Enquetekommission Rassismus mit der Erarbeitung einheitlicher Verfahrensrichtlinien durch das zuständige Ministerium und eine entsprechende einheitliche Handhabung durch die Landkreise und Kommunen. Dazu braucht es auch die schnelle Umsetzung der Einrichtung des Landesamtes für Migration in Thüringen.

DIE LINKE. Thüringen fordert insbesondere eine einheitliche Anwendung der Regelungen in der Landesaufnahmeordnung Syrien und Umsetzung des Landesaufnahmeprogramms Afghanistan, damit die Frage des Familiennachzuges nicht vom guten Willen einzelner Ausländer*innenbehörden abhängig ist.

DIE LINKE. Thüringen lehnt zudem die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ insbesondere der aktuellen Debatte auf Bundesebene ab. Ebenso soll mit Hilfe von Abschiebestopps

verhindert werden, dass Menschen in Länder abgeschoben werden in denen kriegerische und gewalttätige Auseinandersetzungen anhalten oder Verfolgung droht.

DIE LINKE. Thüringen fordert eine grundlegende strukturelle Änderung und Verbesserung der Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Hermsdorf und Suhl. Diese müssen endlich eine menschenwürdige Unterbringung und bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen, einschließlich einer umfassenden psycho-sozialen Betreuung und der Erfassung besonderer Schutzbedarfe. Mehr als 300 Menschen in einer Halle wie in Hermsdorf unterzubringen, entspricht nicht der von uns gewollten humanitären Flüchtlingspolitik.

Von den zuständigen Ministerien und den ihr nachgeordneten Behörden erwarten wir erhebliche Verbesserungen hinsichtlich des Verteilmanagements Geflüchteter auf die Kommunen und fordern weiterhin, langfristig und nachhaltig die dafür notwendigen Kommunikations- und Abspracheprozesse ein.

Für die Verbesserung der Situation von Geflüchteten und einen Umgang im aufenthaltsrechtlichen Verfahren auf Augenhöhe ist die zusätzliche Einstellung von fachlich qualifiziertem und kultursensiblen Personal in den Ausländer*innenbehörden dringend erforderlich, um eine zügige, gerechte und landesweit einheitliche Bearbeitung der Fälle zu gewährleisten. Menschen dürfen nicht durch eine nicht enden wollende Kette von Fiktionsbescheinigungen und ähnlichen Hürden auf ihrem Weg von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Egal aus welchem Grund Menschen zu uns kommen und wie lange sie hier schon leben, wir wollen ihnen die Sicherheit und Möglichkeit geben als Teil gleichwertiger Teil dieser Gesellschaft sein zu können. Unser demokratisches Gleichheitsideal unterscheidet nicht zwischen Bürgerinnen und Bürgern erster und zweiter Klasse.

Der Landesparteitag ruft die kommunalen Fraktionen und Mandatsträger*innen in den Landkreisen und kreisfreien Städten dazu auf, die Arbeit und Entscheidungspraxis der örtlichen Ausländer*innenbehörden kritisch zu hinterfragen und auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken.

In Abstimmung von Landesvorstand, Landesgeschäftsstelle und LAG Migration werden dazu Informationen und Mustervorlagen erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit der LINKEN Landtagsfraktion und den LINKEN Mitgliedern der Landesregierung wirkt DIE LINKE. Thüringen auf eine Verbesserung der Situation bei den zuständigen Ministerien und nachgeordneten Behörden hin.